

**amtliche Bekanntmachung**

007 K 011/19



## **AMTSGERICHT LÜBBECKE**

### **BESCHLUSS**

**Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am**

**Mittwoch, den 03.11.2021 um 10.00 Uhr,  
im Amtsgericht Lübbecke, Kaiserstr. 18, Erdgeschoss, Saal 2**

das im Grundbuch von Blasheim Blatt 685 eingetragene

Grundbuchbezeichnung:

BV Nr. 1, Gemarkung Blasheim, Flur 7, Flurstück 17, Liegenschaftsbuch  
393, Hof- und Gebäudefläche, An Stoltenmühle, Größe: 1.270 m<sup>2</sup>

versteigert werden.

Das Grundstück ist gelegen in Lübbecke OT Blasheim und laut Wertgutachten bebaut mit einem freistehenden, eingeschossigen Einfamilienhaus mit Unterkellerung und ausgebautem Dachgeschoss, sowie einer Einliegerwohnung, Garage und einem ehemaligen Stallgebäude. Über das ursprüngliche Baujahr liegen keine Informationen vor, 1950 allerdings fand ein Wiederaufbau nach einem Brand statt.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 03.07.2019 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf **210.000,00 €** festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht

spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Antragsteller widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Lübbecke, 05.08.2021